



Pro

- Die Weltgemeinschaft darf und kann angesichts schwerer Menschenrechtsverletzungen und großen menschlichen Leidens nicht gleichgültig und untätig bleiben und sich hinter den Prinzipien der Souveränität und Nichteinmischung verschanzen.
- in extremen Staatsauflösungs- und Chaotisierungsprozessen begleitet von massenhaftem Sterben, weitflächigen Hungersnöten und umfangreichen Fluchtbewegungen gibt es keine Alternative zu einer militärischen Absicherung humanitärer Hilfe;
- der klassische Blauhelmeinsatz erweist sich angesichts solcher Situationen als völlig unangemessen und unwirksam, da er an relativ stabile politische Bedingungen und an die Zustimmung der Kriegsparteien gebunden ist und auf militärischen Zwang verzichtet. Um nicht hilflos wie „Schießbudenfiguren“ herzustellen, bedarf es eines neuen, sogenannten „robusten“ Typs von Blauhelmeinsatz, der auch ohne die Zustimmung von Kriegsparteien möglich ist und auch Zwang anwenden kann;
- die militärische Intervention selbst kann und soll keine politischen Probleme lösen, auch kein Ersatz für nicht militärische Mittel der Einmischung sein, sondern einen sicherheitspolitischen Beitrag zu einer umfassenden zivilen Problemlösung leisten.
- die wesentliche Aufgabe solcher Interventionsgruppen soll der Schutz humanitärer Hilfe und die Sicherung lebenswichtiger Einrichtungen sein.

((Vgl. Volker Matthies: Immer wieder Krieg? Wie eindämmen? Beenden? Verhüten? Schutz und Hilfe für die Menschen? Opladen 1994, S. 61 f.)



Kontra

- Hinter der menschenrechtlichen humanitären Bemäntelung von Interventionen können sich handfeste Eigeninteressen (ökonomischer, strategischer oder innenpolitischer Art) verbergen. Angesichts der Dominanz des Nordens (der OECD-Länder) in der UNO (Sicherheitsrat) droht dem Süden eine Art von „humanitärem Kolonialismus“;
- der Krieg als Mittel der Politik wird wieder salonfähig; es kommt zu einer Relegitimierung militärischer Gewalt im Zeichen der Humanität, was fatal an Konzepte des „gerechten Kriegs“ erinnert;
- humanitäre Interventionen dienen der Legitimationsbeschaffung von Streitkräften nach dem Kalten Krieg, die nach neuen Aufgaben suchen;
- Militäreinsätze entfalten ihre eigene Logik, entgleiten der politischen Kontrolle und verstricken sich in eine ungewollte Eskalationsdynamik; die Interventionstruppen werden schließlich zur Kriegspartei in einem offenen Bürgerkrieg;
- Militäroperationen erschweren die humanitäre Hilfe, die immer stärker „militarisiert“ und in das Konfliktschehen verwickelt wird; vor allem verliert humanitäre Hilfe ihre strikte politische Unparteilichkeit, während die Truppen sich oft nur noch selbst schützen;
- die Logik des Krieges kann zu schweren Verstößen gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit und gegen die Regeln des humanitären Völkerrechts führen. Im Falle Somalias beispielsweise hat es solche Verstöße von UN-Truppen erwiesenermaßen gegeben;
- humanitäre Interventionen ermangeln eines langfristigen politischen Konzeptes mit klar definierten politischen Zielen, denen sich die militärischen Maßnahmen unterzuordnen haben. Denn mit einem kurzfristigen Kurieren humanitärer Probleme ist es in der Regel nicht getan; vielmehr müssen auch die strukturellen Probleme und Konfliktsachen politisch thematisiert werden, die zu der akuten humanitären Notsituation geführt haben;
- humanitäre Interventionen sind oft nur Ersatz für fehlende politische Konzepte und Problemlösungsperspektiven und für beizeiten ausgebliebene Krisen- und Katastrophenvorbeugung; demgegenüber werden sie zum Selbstzweck und zur symbolischen Aktion, um vom eigenen Nichtstun abzulenken und die öffentliche Meinung zu beruhigen;
- humanitäre Interventionen werden nur selektiv nach unklaren Kriterien durchgeführt. Eine Gleichbehandlung aller Fälle findet nicht statt. Nicht das Ausmaß von Menschenrechtsverletzungen und menschlichem Leiden bestimmt die Interventionsentscheidung, sondern eine Kombination aus politischen Interessen, Medienaufmerksamkeit und Druck der öffentlichen Meinung;
- humanitäre Interventionen dienen letztendlich einem strukturkonservativen Krisenmanagement, um von den eigentlichen Erfordernissen durchgreifender Reformmaßnahmen zur Lösung der globalen „sozialen Frage“ abzulenken.

(Vgl. Volker Matthies, siehe oben)